

10 DINGE, DIE MAN ÜBER DIE MENSCHENRECHTSKRISE IN VENEZUELA WISSEN SOLLTE.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/02/10-things-you-need-to-know-about-venezuelas-human-rights-crisis/>

Die Menschenrechtskrise, die Venezuela in den letzten Jahren heimgesucht hat, hat das Leben von Millionen von Menschen erschüttert. Hier ist zusammengefasst, was man darüber wissen sollte:

1 - ÜBERMÄSSIGE ANWENDUNG VON GEWALT

Ein Großteil der gegenwärtigen Unruhen in Venezuela geht auf den 29. März 2017 zurück, als der Oberste Gerichtshof - unterstützt von Präsident Nicolás Maduro - die Befugnisse der Nationalversammlung, in der die Opposition die Mehrheit hält, auf sich selbst übertrug. Dies löste Proteste aus, die von der Maduro-Regierung mit rechtswidriger und unverhältnismäßiger Gewaltanwendung unterdrückt wurden. Zwischen April und Juli 2017 wurden mehr als 120 Menschen getötet, rund 2.000 verletzt und mehr als 5.000 bei Massenprotesten festgenommen.

2 - MASSENPROTESTE

Im Jahr 2018 gab es laut venezolanischer Beobachtungsstelle für soziale Konflikte (*Observatorio Venezolano de Conflictividad Social*) 12.715 Proteste im ganzen Land. Diese wurden 2019 fortgesetzt, nachdem der Präsident der Nationalversammlung, Juan Guaidó, zu Massendemonstrationen gegen Maduro aufgerufen hatte.

Amnestys Bericht "Noches del Terror/Nights of Terror" enthüllte, wie venezolanische Sicherheitskräfte und von der Regierung unterstützte zivile bewaffnete Gruppen gewaltsam in die Häuser der Menschen eindringen, um sie einzuschüchtern, damit sie sich nicht an Demonstrationen oder anderen Formen des Protestes beteiligten.

3 - ESKALIERTER UNTERDRÜCKUNG

Die staatlichen Behörden haben bereits während der gesamten Krise eine systematische Repressionspolitik betrieben, aber die jüngsten Muster deuten darauf hin, dass diese sich noch verstärkt.

In dem Bericht "Esto no es vida/This is no way to live" enthüllte Amnesty, wie staatlich unterstützte Sicherheitskräfte unter dem Vorwand der "Kriminalitätsbekämpfung" tödliche Gewalt mit Tötungsvorsatz anwenden, um gegen die verwundbarsten und sozial ausgegrenzten Menschen im Lande vorzugehen.

Es gibt zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstranten Anfang 2019, insbesondere in den von der Krise am stärksten betroffenen armen Gebieten, in denen sich bewaffnete Pro-Maduro Gruppen konzentrieren. Venezolanische Organisationen der Zivilgesellschaft sagen, dass bei den diesjährigen Protesten 41 Menschen ums Leben gekommen sind.

4 - KINDER UNTER DEN INHAFTIERTEN

Staatliche Behörden haben die Justiz benutzt, um Andersdenkende rechtswidrig zu schikanieren. Nach Angaben der venezolanischen Organisation *Foro Penal* wurden zwischen dem 21. und 31. Januar 2019 988 Personen willkürlich inhaftiert. Unter den Inhaftierten waren 137 Kinder und Jugendliche, von denen sich 10 noch in Haft befinden. Es gab auch Vorwürfe über Folter und andere Misshandlungen von Häftlingen. *Foro Penal* schätzt die Zahl der derzeit aus politischen Gründen inhaftierten Personen auf 942.

5 - ZIVILISTEN VOR MILITÄRGERICHTEN ANGEKLAGT

Verhaftete Demonstranten wurden häufig vor Militärgerichten angeklagt, was völkerrechtswidrig ist. Die Verfolgten sahen sich mit Anklagen wie "Verbindung mit der Absicht, eine Rebellion anzufachen" und "Angriff auf einen Wachposten" konfrontiert, die speziell für Militärangehörige konzipiert sind. Es ist ein weiterer Beweis für die Entschlossenheit der Behörden, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen.

6 - DREI MILLIONEN FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN

Schätzungen zufolge sind seit 2015 mehr als drei Millionen Menschen aus Venezuela geflohen, was laut UN-Zahlen 10% der Bevölkerung entspricht. Die Mehrheit hat in Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru Zuflucht gesucht. Die meisten haben die Verweigerung ihres Rechts auf Gesundheit und Nahrung als Hauptgrund für ihre Ausreise angeführt. Mit anderen Worten, sie fliehen um ihr Leben. Amnesty International hat die Regierungen Lateinamerikas und der Karibik aufgefordert, den venezolanischen Flüchtlingen Zugang zu den Asylverfahren in ihren Ländern zu gewähren.

7 - UNTERDRÜCKUNG DER FREIEN REDE

Es gibt zahlreiche Berichte über Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich der willkürlichen Inhaftierung bzw. Abschiebung von mindestens 19 in- und ausländischen Medienschaffenden. Im Januar 2019 wurden innerhalb einer Woche mindestens 11 Journalisten inhaftiert.

8 - WIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENBRUCH

Die Inflation in Venezuela lag nach Angaben der Nationalversammlung im Jahr 2018 bei erstaunlichen 1.698.488%. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass die jährliche Inflationsrate im Jahr 2019 10.000.000% erreichen wird. In Venezuela beträgt der offizielle Mindestlohn unterdessen 6 US-Dollar pro Monat - und das ist das Einkommen eines großen Teils der Bevölkerung. Das unvermeidliche Ergebnis ist, dass sich viele Menschen keine Artikel des Grundbedarfs leisten können.

Die mangelnde Grundversorgung mit Nahrung und Medikamenten hat dazu geführt, dass Millionen von Venezolanern in Besorgnis erregenden Verhältnissen leben, die sich von Tag zu Tag verschlimmern. Die von den staatlichen Behörden beschlossenen Maßnahmen haben sich auf die Löhne ebenso wie auf die Arbeitnehmerrechte negativ ausgewirkt. Bis 2013 hatte der venezolanische Staat große Fortschritte in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte gemacht, aber diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren ins völlige Gegenteil verkehrt.

9 - LEUGNUNG DURCH DIE REGIERUNG

Nicolás Maduro hat wiederholt bestritten, dass das Land in einer Menschenrechtskrise steckt. Noch schlimmer ist, dass er sich geweigert hat, den Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten zuzugeben. Den wenigen öffentlichen amtlichen Statistiken über das Wohlergehen der Bevölkerung stehen die Berichte unabhängiger Stellen gegenüber.

Da die Behörden diese Engpässe geleugnet haben, haben sie die internationale humanitäre Hilfe, die wiederholt angeboten wurde, nicht akzeptiert. Dies hatte katastrophale Folgen, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Menschen.

10 - SCHADEN DURCH US-SANKTIONEN

Am 28. Januar kündigte die US-Regierung neue Maßnahmen an, die die venezolanische staatliche Ölgesellschaft daran hindern, Rohöl in die USA zu exportieren, während sie US-Lieferanten daran hindert, die Produkte zu verkaufen, die Venezuela zur Verarbeitung seines schweren Rohöls benötigt. Da die venezolanische Wirtschaft stark von Ölexporten abhängig ist und die USA einer der wichtigsten Handelspartner Venezuelas sind, dürften diese Maßnahmen den Menschen im Land das Leben noch schwerer machen.